

# Krafsauer Zeitung.

Nr. 100.

Dinstag den 2. Mai

1865.

Die „Krafsauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis für Krafsau 3 fl., mit Verlegung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Kr., einzelne Nummern 5 Kr. Redaction, Administration und Expedition: Grob-Gasse Nr. 107.

IX. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Amtsblatt für die vierpaltige Petitzeile 5 Kr., im Anzeigebrett für die erste Einrückung 5 Kr., für jede weitere 3 Kr. Stempelgebühr für jede Einrückung 30 Kr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt Carl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

## Amtlicher Theil.

Ihre Majestät die Kaiserin haben die Frauen:  
Clara Fürstin zu Liechtenstein, geb. Gräfin von Serbelloni,  
Amalie Freiin von Hornstein, geb. Gräfin von Seilern,  
Barbara Gräfin von Rothkirch, geb. Gräfin von Sverre,  
Therese Gräfin von Thun-Hohenstein, geb. Marchesa di Bagnò,  
Gabriele Gräfin von Attems, geb. Gräfin Wurmbrand,  
Dulcie Gräfin von Enzenberg, geb. Gräfin Tannenber,  
Marie Gräfin von Mensdorff-Pouilly, geb. Gräfin Lamberg,  
Sobieska Gräfin Myszydzkowska, geb. Gräfin Stadion,  
Aloisia Gräfin von Fürstberg, geb. Fürstin zu Liechtenstein,  
Marie Gräfin von Harrach, geb. Fürstin von Lobkowitz,  
Franciska Gräfin von Schönborn, geb. Gräfin von Trauttmannsdorff,  
zu Allerhöchsthren Palastdamen allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchstem Handwritten vom 28. April d. J. den Staatsminister Anton Ritter von Schmerling zum Curator der k. k. Theologischen Akademie allergnädigst zu ernennen geruht.  
Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 20. April d. J. dem Major und Gränzverwaltungsreferenten Johann Rnsky, des k. k. Salmir Gränzinfanterie-Regiments Nr. 4, den Orden der eisernen Krone dritter Classe mit dem Bande allergnädigst zu verleihen geruht.  
Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 20. April d. J. dem Realitätenbesitzer Heinrich Pollak, dem Großhändler J. M. Guttmann, dem Handelsmann S. Kysel und dem Handelsgesellschafter M. Herzfeld die Bewilligung zur Gründung des von ihnen projectirten Vereines Beth-ha-Midrash in Wien allergnädigst zu ertheilen und die Statuten dieses Vereines zu genehmigen geruht.

## Nichtamtlicher Theil.

Krafsau, 2. Mai.

Ueber Oesterreichs Stellung zur Herzogthümerfrage äußert sich die halbamtliche „Gen. Correspond.“ in einem längeren Artikel, aus welchem hervorgeht, daß Oesterreich gegen eine zeitweilige Stationierung preussischer Schiffe im Kieler Hafen wohl nichts einzuwenden habe, die maritime Festsetzung Preußens in den Herzogthümern jedoch vor Einführung definitiver Zustände nicht gutheißen könne; daß aber auch Preußen, wenn es auf der temporären Herbeiführung der Seestreitkräfte besteht, billiger Weise eine beträchtliche Verminderung des Effectivbestandes seiner auf Schleswig-holstein'schem Gebiete stehenden Landestruppen, welcher ja schon gegenwärtig das Bedürfnis des Friedensstandes weit übersteigt, eintreten lassen soll. Wir werden den Wortlaut dieses wichtigen Artikels morgen bringen.

Von Wien ist, wie heute von verschiedenen Seiten gemeldet wird, am 27. April die Antwort auf den preussischen Vorschlag wegen Einberufung der Schleswig-holsteinischen Stände abgegangen. Dieselbe stimmt der Einberufung zu, macht aber zur Bedingung, daß die Competenz der Stände nicht auf die Erörterung der preussischen Forderungen beschränkt werde. Vorläufig beabsichtigt man in Wien die getrennten Stände von 1854, auf deren gemeinsamen Antrag aber eine gemeinsame Ständerversammlung nach dem ad hoc anzuerkennenden Wahlgesetze von 1848 einzuberufen.

Das preussische Cabinet, berichtet man aus Wien, hat so eben erneute Anstrengungen gemacht, um sich mit Oesterreich dahin zu verständigen, daß es die Errichtung einer preussischen Marinestation zwischen Friedrichsort und Holtenau zulasse oder daß beide Condomini gemeinsam Flottenstationen im Kieler Hafen errichten. Das Letztere hat Oesterreich bereits mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen: es findet seinen Interessen nicht entsprechend, in der Ditsche eine stabile Flottenstation zu errichten. In Betreff des ersten Punktes wird eben noch verhandelt.

Eine Wiener Correspondenz der „Hamburger Börsenhalle“ constatirt, daß die Benehmung Preußens mit Oesterreich über die Kieler Hafen-Anlagen schwerlich zu den gewünschten Resultaten führen würde. Man solle in Wien, so lange die Herzogthümer-Frage in ihrer generellen Behandlung auf diplomatischem Wege zwischen den beiden deutschen Großmächten nicht auf ein anderes Terrain verlegt werde, nach wie vor daran festzuhalten entschlossen sein, daß die Rechte des künftigen Souveräns durch keinerlei Vereinbarung zwischen den deutschen Großmächten präjudicirt werden dürften, welche eine substantielle Alterirung des gemeinsamen Besitz-Objectes bezwecken sollte.

Der preussische Staatsanzeiger wurde, wie erwähnt, beauftragt, den bekannten Artikel der „N.A.Z.“ über die beabsichtigte Einberufung einer Schleswig-holsteinischen Volksvertretung „auf breiter Basis“, welcher jовiel Staub aufgewirbelt hat, in aller Form zu dementiren, und die „N. A. Z.“ selbst mußte denselben widerrufen. Sie sucht jetzt glauben zu ma-

chen, daß sie nicht etwa die allgemeine Abstimmung befürworten wollte, sondern nur „gemeint“ habe, es werde auf Grund der Gemeindevahlen möglich sein, Delegirte zu wählen, welche die verschiedenen Interessen aller Schichten der Bevölkerung repräsentiren, und die sich dann, je nach diesen verschiedenen Interessen in Gruppen gesondert, über die Wahl derjenigen Männer einigen, welchen die schwere Aufgabe, die große Verantwortlichkeit auf sich nehmen werden, im Namen des Landes zu sprechen. Die „Presse“ meint, daß die „N. A. Z.“ ihren ersten demokratischen Artikel schwerlich ganz aus eigener Inspiration vom Stapel gelassen habe. Er sei wol ein Fühler nach oben gewesen, und die Entrüstung welche er in hohen Regionen hervorgerufen haben mag, habe den officiellen Rückzug herbeigeführt. Herr v. Bismarck sei offenbar abermals ein Anlauf zum Cäsarismus mitlungen, und das Streben nach Einführung desselben in Preußen scheint überhaupt einer Sisyphus-Arbeit zu gleichen.

Ein Correspondent der „Elf. Ztg.“ glaubt versichern zu dürfen, daß die Annexion aufgegeben und daß Hr. v. Bismarck nach der Zustimmung des Hauses der Abgeordneten für seine auswärtige Politik Verlangen trägt.

Die „Berliner M.-Z.“ will wissen, im Laufe der Verhandlungen zwischen Preußen und Oesterreich sei jetzt auch in Anregung gekommen, daß der Anspruch des „Mitbestimmtes“ nach dem Grade der Leistungen bei dem „Befreiungswert“ bemessen werden könnte. Dabei ist hervorgehoben worden, daß Preußen zu dem letzten Kriege 56 Bataillone, 29 Schwadronen, 160 Feldgeschütze, 7 Festungsarbeiter-Compagnien mit 80 Belagerungsgepüßen und 15 Pionier-Compagnien; Oesterreich dagegen 20 Bataillone, 10 Schwadronen, 48 Geschütze und 2 Pioniercompagnien gesandt habe. Die Friedensbesetzung beträgt jetzt von Seiten Preußens 18 Bataillone, 8 Schwadronen und 20 Geschütze; von Seiten Oesterreichs 5 Bataillone, 5 Schwadronen und 8 Geschütze.

Kürzer und deutlicher, schreibt der „Botschafter“, hat man das kleindeutsche Programm noch gar nicht hylisiert, als der preussische Kriegsminister Herr von Moos in der letzten Sitzung des Abgeordnetenhauses. Herr v. Moos sagt nämlich: „Man spricht viel von Preußens Mission in Deutschland. Zwar ist von dieser Seite (links) der Ausdruck gethan worden, Deutschland solle gar nicht beschützt sein von Preußen. Ich glaube man könnte mit einigem preussischem Fanatismus dagegen äußern: „Es soll aber beschützt sein von Preußen, es mag wollen oder nicht!“ Aber es ist ein böses Ding um die Libesdienste, die man Andern wider ihren Willen erweist. Man bekommt keinen Dank dafür. Ueberdies hat Oesterreich doch auch ein kleines Wörtchen mitzusprechen, wenn es sich um den „Schutz wider Willen“ handelt, und Oesterreich läßt sich nicht so leicht weglassen, schon die natürliche Schwere eines großen Körpers verhindert das. Sieht sich doch die „R. Z.“ veranlaßt, heute in einem Leitartikel einzugehen, daß Preußens Hegemoniegeleiste auf große Schwierigkeiten stoßen, sie sagt: „Aber wir wollen es geradezu gesehen: die Erfahrungen von 1848 und 1849 haben in uns die Ueberzeugung hinterlassen, daß es nicht möglich sein werde, die jüdische Großmacht wohl oder übel aus Deutschland zu verdrängen, daß schon die Verschiedenheit der Religion (blos diese!) auf lange Jahrhunderte die stolzen Pläne für Preußen verhindern werde.“ Die „R. Z.“ sagt dies in demselben Artikel, in dem sie die Abtretung der beiden Hohenzollern an Oesterreich befürwortet. Sie glaubt damit ohne Zweifel einen neuen Vorschlag zu machen, aber der Plan ist sehr alt und man hat ihn bereits vor Monaten in deutschen Wochenchriften besprochen. Abgesehen davon, daß Oesterreich durchaus nicht daran denkt, Eroberungen in Süddeutschland zu machen, wird die Abgeschmacktheit dieses Vorschlages durch die beiden Worte bestens bezeugt: Hohenzollern-Oesterreich!! wie stände es mit der Devise des Kronordens: „Vom Fels zum Meer“?

Kaiser Napoleon hat also doch seine Reise nach Algier angetreten. In Paris scheint man bis zum letzten Moment gezweifelt zu haben, daß der Kaiser Napoleon die Reise nach Algier antreten werde, was nun Sonnabend geschehen ist. Nicht nur die Minister waren gegen die Reise, sondern auch die Kaiserin Eugenie zeigte sich nicht damit einverstanden. Der Finanzminister äußerte sich lebhaft gegen die Reise in ein Land, mit dem nicht einmal eine directe telegraphische Verbindung existirt; er fürchtete den Eindruck, den die unvermeidlichen Gerüchte auf der Börse hervorbringen würden. Die Kaiserin fürchtet das Klima in dieser Jahreszeit und schlimme Zwischenfälle. Andere Minister sprachen von den Arbeitseinstellungen, welche immer zahlreicher werden. Kurz, eine Menge von mehr oder weniger stichhaltigen Argumenten wurden vorgeführt, aber vergeblich. Andererseits wünschte der algierische General-Gouverneur Marshall Mac Mahon die Gegenwart des Kaisers und die Ärzte halten den Gebrauch der Bäder in Afrika für nothwendig.

Die Reise des Fürsten Metternich nach Süd-Frankreich fällt allerdings mit der Abreise des Kaisers zusammen, allein sie bleibt, wie das „Memorial dipl.“ versichert, der Politik durchaus fremd. Fürst Metternich wird wahrscheinlich nicht länger als zwölf Tage von Paris entfernt bleiben, während die Abwesenheit des Kaisers auf mindestens 35 Tage veranschlagt wird.

Aus Turin, 26. April, schreibt man, Begezzi habe, nachdem die Regierung den Gesetzentwurf über die religiösen Corporationen zurückgezogen hat, neue Instruktionen bekommen, in welchen er zu weiteren Concessionen ermächtigt wird. Man will von Vorwürfen frei erscheinen, nicht Alles versucht zu haben, um das Papstthum für die Sache Italiens zu gewinnen.

Man hat großes Gewicht auf das Schreiben gelegt, welches der Papst an seinen „dilettissimo figlio“ geschrieben hat. Dem entgegen wird in einem Briefe aus Turin darauf hingewiesen, daß die Thatsache eines päpstlichen Schreibens an den König durchaus nichts Seltenes ist. Trotz des Bruches zwischen den beiden Regierungen hat der Papst doch bei verschiedenen Gelegenheiten Victor Emanuel geschrieben, und im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten befindet sich ein ganzer Stoß solcher Briefe. Was die gegenwärtigen Verhandlungen betrifft, so verlangt der Papst die Wiedereinsetzung der Bischöfe in Umbrien und in der Romagna und die Einsetzung der seit dem Kriege gegen Oesterreich vom Papste ohne Hinzuthun der Regierung ernannten. Es gibt über wazig Balkan, und Begezzi wird seine liebe Noth haben, soll ein Ergebnis erzielt werden. Wie man hier glaubt, wird es zu keinem Einverständnis kommen, da man hier nur dann nachgeben würde, wenn die päpstliche Regierung Zugeständnisse macht. Zunächst müssen die widerwärtigen Bischöfe ihre Unterwerfung erklären. So lange dies nicht geschieht, ist an eine Ausöhnung nicht zu denken. Bisher spricht Begezzi wenig Hoffnung für einen Erfolg aus.

Briefe aus Rom vom 26. v. M. sagen, die Fragen der Einsetzung oder der Rückkehr der Bischöfe seien zur Befriedigung beider Theile beendet. Der König Victor Emanuel verlange von den ernannten Bischöfen nicht die Leistung des politischen Eides. Es sei keine andere Frage, als die der Bischöfe zur Sprache gekommen.

In Brüssel wundert und beklagt man sich, wie man der „Köln. Ztg.“ schreibt, allgemein darüber, daß nicht ein Mitglied der belgischen Kammer den Gedanken gehabt, eine Manifestation zu Ehren Vincenzs zu beantragen, wie dies in allen europäischen Parlamenten geschehen ist. Eine solche Kundgebung soll Seitens des Volkes, durch das liberale Meeting, vorbereitet werden.

Der Emir von Bokhara bereitet sich vor, dem Chan von Kokand gegen die Russen unter General Evdokimoff mit einer bedeutenden Streitmacht zu Hilfe zu kommen, während 50 der besten Officiere der Kaufarmee aus Tiflis zur Invasionsarmee von Kokand abgegangen sind. Die Kriegführung in Centralasien ist noch lange nicht zu Ende.

Bei der Debatte über den „allgemeinen Dispositionsfonds“ in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 29. v. M. gab Se. Excellenz der Staatsminister v. Schmerling folgende Aeußerung ab: Die Verhandlung über den allgemeinen Dispositionsfonds hat eine Reihe von Erörterungen zur Folge gehabt und ich glaube wirklich im Interesse der Sache denselben nur in sehr beschränktem Maße folgen zu sollen. Es kann durchaus nicht meine Aufgabe sein, mich in Erörterungen der Preßzustände in Oesterreich im Allgemeinen, über dasjenige, was officiell, officiell und oppositionelle Presse leisten, des Breiten zu ergehen, noch weniger aber den Auseinandersetzungen zu folgen, die abermals heute das sogenannte objectiv Straßverfahren in Preßangelegenheiten berührt haben. Ich beschränke mich nur auf die Sache, darauf, in gedrängter Kürze die Nothwendigkeit des allgemeinen Dispositionsfonds darzulegen, die Größe der Ziffer zu rechtfertigen und insbesondere, so viel es mir möglich ist, nachzuweisen, daß es eine ganz irrige Anschauung ist, zu behaupten, daß in anderen Staaten eine geringere oder gar keine Summe für die Zwecke der Regierung im Allgemeinen, die sich der Rechnungslegung entzieht, gefordert werde.

Bevor ich aber auf die Auseinandersetzung eingehe, sei es mir gestattet, mit einigen Worten auf das zurückzukommen, was auch heute angeregt wurde, auf die Frage nämlich, ob es sich um ein Vertrauens- oder Mißtrauensvotum handle, und darauf, daß behauptet wurde, daß in der Auffassung dieser Frage von Seite der Regierung nicht die so sehr gewünschte Konsequenz eingehalten wurde. Es wurde nämlich behauptet, daß, als im vorigen Jahre dieser Gegenstand hier in Behandlung kam, von meiner Person insbesondere darauf Gewicht gelegt wurde, daß es sich um ein Vertrauensvotum handle, während ich heute in der Besprechung dieses Gegenstandes im Finanzausschusse eine ganz andere Meinung aufgestellt und erklärt haben soll, daß die Frage des Vertrauens oder Mißtrauens diesen Gegenstand gar nicht berühre, sondern daß die Sache objectiv behandelt werden möge.

Diejenigen Herren, welche die Verhandlung über diesen Gegenstand in der vorigen Session noch im Gedächtnisse haben, werden vielleicht sich erinnern, daß auch damals die ganze Verhandlung und die ganzen Reden, die gehalten wurden, hindurch immer die Sache objectiv behandelt wurde, daß ich nur zum Schlusse, hervorgerufen durch die Aeußerungen, welche gegen die Regierung gefallen sind, mich der Wendung bedient habe, ganz lasse sich von der Entscheidung dieser Frage die Frage des Vertrauens oder Mißtrauens nicht trennen, denn, wenn ich nicht irre, so habe ich mit den Worten zur Verfügung stellen, heißt, ihm vertrauen; sie ihm nicht zur Verfügung stellen, heißt, ihm nicht trauen.“ Ich habe daher nicht den Schwerpunkt in das Vertrauens- oder Mißtrauensvotum gelegt, sondern nur nebenbei dieses berührt und trennen läßt sich am Ende die Sache doch nicht ganz.

Was nun die Natur dieses Fonds betrifft, so kann ich neuerdings erklären, was voriges Jahr schon erklärt wurde und im Auschusse wiederholt ausgesprochen worden ist, daß es eine ganz irrige Ansicht ist, immer von der Verwendung dieser Gelder für Preßzwecke und speciell für Zwecke des Staatsministeriums zu sprechen.

Diese beanspruchten Gelder sind für alle Staatszwecke erforderlich, die nicht vom Staatsminister allein sondern von anderen Zweigen der Centralbehörden durchgeführt werden sollen, die in jedem Staate verfolgt werden müssen, Staatszwecke, die insbesondere in Oesterreich, das bisher im Stadium der Entwicklung sich befindet, dessen Verfassung noch lange nicht in allen Theilen des Reiches durchgeführt ist, ganz evident sind und jedem einleuchten müssen, der die Verhältnisse objectiv und unparteiisch würdigt.

Indem ich dies wiederholt erkläre, wird es mir erlaubt sein, allen Erörterungen nicht weiter zu folgen, welche in der Richtung geltend gemacht wurden, daß mit der beantragten Summe immer auf die Presse hingewirkt werden wolle, weil das in der That gar nicht der Fall ist.

Die zweite Frage betrifft die Höhe der Summe. Es wird immer darauf hingewiesen, daß man am Ende auch mit 200.000 fl. ganz gut das Auslangen finden könne, weil man bisher über die Resultate, welche mit diesen Geldern erzielt wurden, gar nicht ins Klare gesetzt wurde und weil von einigen Seiten angedeutet wird, es werde dem Hause in keiner Weise eine Aufklärung gegeben, wozu die Gelder verwendet werden wollen.

Darüber, m. H., kann ich mich wohl in Kürze fassen. Wenn man von Dispositionsgeldern spricht, die jeder Controle entzogen sein sollen, wo die Einsichtnahme in die Rechnungslegung nicht thunlich erscheint, kann von Seite der Staatsverwaltung auch nur andeutungsweise gesprochen werden. Das scheint mir in der Natur der Sache zu liegen. Es ist absolute Unmöglichkeit, nicht aber eine unerlaubte Zurückhaltung von Seite der Regierung, denn es heiße von vorneherein, den ganzen Zweck vereiteln, wenn die Regierung über die Verwendung der Gelder des Dispositionsfonds Andeutungen machen würde.

Wenn man die Zustände der Monarchie und die Thätigkeit der Regierung ins Auge faßt, so erscheint die Summe von 400.000 fl. immerhin noch als eine bescheidene und geringe Forderung. Das wird denjenigen klar werden, die sich vergegenwärtigen, wie es in anderen Staaten mit ähnlichen Summen gehalten wird. Es wurde heute von einem geehrten Redner darauf hingewiesen, daß in Preußen das gegenwärtige Ministerium, dem wahrlich die Sympathien des Landes nicht zugewendet sind, sich mit dem höchsten Postulate von 31.000 Thlr. für Zwecke der Presse begnügt. Ich wiederhole, daß, wenn die preussische Regierung 31.000 Thlr. für Preßzwecke fordert, sie diese Summe für die Unterstüßung eines

der Rechnungslegung entzieht, gefordert werde.

Bevor ich aber auf die Auseinandersetzung eingehe, sei es mir gestattet, mit einigen Worten auf das zurückzukommen, was auch heute angeregt wurde, auf die Frage nämlich, ob es sich um ein Vertrauens- oder Mißtrauensvotum handle, und darauf, daß behauptet wurde, daß in der Auffassung dieser Frage von Seite der Regierung nicht die so sehr gewünschte Konsequenz eingehalten wurde. Es wurde nämlich behauptet, daß, als im vorigen Jahre dieser Gegenstand hier in Behandlung kam, von meiner Person insbesondere darauf Gewicht gelegt wurde, daß es sich um ein Vertrauensvotum handle, während ich heute in der Besprechung dieses Gegenstandes im Finanzausschusse eine ganz andere Meinung aufgestellt und erklärt haben soll, daß die Frage des Vertrauens oder Mißtrauens diesen Gegenstand gar nicht berühre, sondern daß die Sache objectiv behandelt werden möge.

Diejenigen Herren, welche die Verhandlung über diesen Gegenstand in der vorigen Session noch im Gedächtnisse haben, werden vielleicht sich erinnern, daß auch damals die ganze Verhandlung und die ganzen Reden, die gehalten wurden, hindurch immer die Sache objectiv behandelt wurde, daß ich nur zum Schlusse, hervorgerufen durch die Aeußerungen, welche gegen die Regierung gefallen sind, mich der Wendung bedient habe, ganz lasse sich von der Entscheidung dieser Frage die Frage des Vertrauens oder Mißtrauens nicht trennen, denn, wenn ich nicht irre, so habe ich mit den Worten zur Verfügung stellen, heißt, ihm vertrauen; sie ihm nicht zur Verfügung stellen, heißt, ihm nicht trauen.“ Ich habe daher nicht den Schwerpunkt in das Vertrauens- oder Mißtrauensvotum gelegt, sondern nur nebenbei dieses berührt und trennen läßt sich am Ende die Sache doch nicht ganz.

Was nun die Natur dieses Fonds betrifft, so kann ich neuerdings erklären, was voriges Jahr schon erklärt wurde und im Auschusse wiederholt ausgesprochen worden ist, daß es eine ganz irrige Ansicht ist, immer von der Verwendung dieser Gelder für Preßzwecke und speciell für Zwecke des Staatsministeriums zu sprechen.

Diese beanspruchten Gelder sind für alle Staatszwecke erforderlich, die nicht vom Staatsminister allein sondern von anderen Zweigen der Centralbehörden durchgeführt werden sollen, die in jedem Staate verfolgt werden müssen, Staatszwecke, die insbesondere in Oesterreich, das bisher im Stadium der Entwicklung sich befindet, dessen Verfassung noch lange nicht in allen Theilen des Reiches durchgeführt ist, ganz evident sind und jedem einleuchten müssen, der die Verhältnisse objectiv und unparteiisch würdigt.

Indem ich dies wiederholt erkläre, wird es mir erlaubt sein, allen Erörterungen nicht weiter zu folgen, welche in der Richtung geltend gemacht wurden, daß mit der beantragten Summe immer auf die Presse hingewirkt werden wolle, weil das in der That gar nicht der Fall ist.

Die zweite Frage betrifft die Höhe der Summe. Es wird immer darauf hingewiesen, daß man am Ende auch mit 200.000 fl. ganz gut das Auslangen finden könne, weil man bisher über die Resultate, welche mit diesen Geldern erzielt wurden, gar nicht ins Klare gesetzt wurde und weil von einigen Seiten angedeutet wird, es werde dem Hause in keiner Weise eine Aufklärung gegeben, wozu die Gelder verwendet werden wollen.

Darüber, m. H., kann ich mich wohl in Kürze fassen. Wenn man von Dispositionsgeldern spricht, die jeder Controle entzogen sein sollen, wo die Einsichtnahme in die Rechnungslegung nicht thunlich erscheint, kann von Seite der Staatsverwaltung auch nur andeutungsweise gesprochen werden. Das scheint mir in der Natur der Sache zu liegen. Es ist absolute Unmöglichkeit, nicht aber eine unerlaubte Zurückhaltung von Seite der Regierung, denn es heiße von vorneherein, den ganzen Zweck vereiteln, wenn die Regierung über die Verwendung der Gelder des Dispositionsfonds Andeutungen machen würde.

Wenn man die Zustände der Monarchie und die Thätigkeit der Regierung ins Auge faßt, so erscheint die Summe von 400.000 fl. immerhin noch als eine bescheidene und geringe Forderung. Das wird denjenigen klar werden, die sich vergegenwärtigen, wie es in anderen Staaten mit ähnlichen Summen gehalten wird. Es wurde heute von einem geehrten Redner darauf hingewiesen, daß in Preußen das gegenwärtige Ministerium, dem wahrlich die Sympathien des Landes nicht zugewendet sind, sich mit dem höchsten Postulate von 31.000 Thlr. für Zwecke der Presse begnügt. Ich wiederhole, daß, wenn die preussische Regierung 31.000 Thlr. für Preßzwecke fordert, sie diese Summe für die Unterstüßung eines



bestimmten Journals verlangen mag. Wer aber einigermassen die Thätigkeit der preussischen Regierung seit einer Reihe von Jahren rüchlich der Presse ins Auge faßt, dem wird es wohl klar sein, daß mit diesen 31.000 Thln. die Thätigkeit der preussischen Regierung in gar keiner Weise, auch nicht annäherungsweise, gedeckt werden kann.

Es werden am Ende der preussischen Regierung andere Mittel zur Verfügung stehen, es muß dies der Fall sein, ich habe es nicht zu untersuchen, ich sehe nur auf die Resultate; daß man die Resultate, die von Seite der Regierung in Preußen erzielt werden, — und die sind für diese Regierung weiß Gott anerkennenswerth — mit 31.000 Thalern nicht erzielen kann, das dürfte klar sein. In England ist es ein ganz offenes Geheimnis, daß zwar die Regierung im Staatsvoranschlage für allgemeine Dispositionszwecke nicht einen Schilling in Anspruch nimmt, daß aber dafür Millionen vorausgibt werden, und die praktischen Engländer, die ganz zu wissen, daß gar keine Regierung solche Mittel entbehren kann, sehr ruhig zu.

Mag man daher auch über die Verwendung von geheimen Summen in fittliche Entrüstung gerathen, mag man auch der Ansicht sein, daß der Zweck die Mittel nicht heiligt und dergleichen Redensarten mehr: praktische Leute sind längst zur Ueberzeugung gekommen, daß keine Regierung, möge sie von was immer für einer Färbung sein, möge sie aus was immer für einer Partei hervorgehen, gewisse Gelder für außerordentliche Zwecke entbehren kann, und deshalb glaube ich, daß auch das h. Haus durch die Bedenken, welche gegen die Sache an und für sich gemacht wurden, sich nicht in seiner Ueberzeugung irren lassen wird, die Forderung der Regierung sei eine in der Natur der Sache begründete und durch die Verhältnisse vollständig gerechtfertigte.

Wir erkennen so lebhaft, wie irgendwer, daß gespart werden soll und muß, wir haben unseren redlichen Willen zu spüren bei jeder Gelegenheit an den Tag gelegt, wenn wir auch am Ende nicht jene Ziffer der Ersparnis erreicht haben, wie sie von anderer Seite proponiert wird. Daß man aber nicht bei jedem Etat in dem Maße sparen könne, wie es gewünscht wird, dürfte jedem einleuchten, der mit den Verhältnissen vertraut ist, und ich erkläre, daß unter den gegebenen Verhältnissen jene Summe, welche von Seite der Regierung beansprucht wurde, in der That eine mäßige und bescheidene ist.

Weil aus dem allgemeinen Postulate von 500.000 Gulden ein Betrag von 50.000 fl. schon ausgeschieden und speziell zur Bewilligung beantragt wurde, kann derselbe hier in Abzug gebracht werden, und ich glaube keinen entschiedeneren Beweis meiner Bereitwilligkeit, mit den Ersparnissen auch in diesem Etat bis an die Gränze des Möglichen zu gelangen, geben zu können, als indem ich mich im Namen der Regierung mit dem Antrage des Herrn Abg. v. Szäbel vereinige, welcher Antrag einen weiteren Abstrich von 50.000 fl. in sich hält.

## Oesterreichische Monarchie.

Wien, 30. April. Se. Majestät der Kaiser ist heute Mittags 11 Uhr 55 Minuten mittelst Separat-Hofzuges nach Preßburg zum Reinen abgereist. In Begleitung Sr. Majestät befanden sich Erzherzog Wilhelm, General-Adjutant Graf Crenneville, der Kriegsminister Ritter von Brand, Fürst Franz Liechtenstein und Graf Coudenhove. Der Hofzug langte, laut einer an die Betriebsdirection eingelangten telegraphischen Meldung um 1 Uhr 25 Minuten in Preßburg an, woselbst sich am Perron des Bahnhofes das Reim-Comité, ferner der Herr Bürgermeister der Stadt Preßburg und der Stadthauptmann zum Empfange Sr. Majestät eingefunden hatten. Bei Antritte des Zuges brachte das zahlreich anwesende Publicum tausendstimmige Ehrensätze. Die Stadt war festlich decorirt. Im Fahnen Schmuck herrschten die Nationalfarben vor. Der Kaiser und seine Begleitung führten in drei offenen Hofequipagen unter Elfenrufen und Pöllerfahnen nach der Engerauer Haide, wo der Rennplatz ist. Se. Majestät der Kaiser verließ um 4 Uhr 33 Minuten Preßburg und trat um 6 Uhr 42 Minuten wieder in Wien ein.

Se. Majestät der Kaiser kam gestern Vormittags 10 Uhr in Begleitung des Herrn Erzherzogs Wilhelm und des Generalmajors Tuptner in das k. k. Arsenal, um den Schießproben mit den Hinterladungsgechützen beizuwohnen. Die Resultate sollen Se. Majestät sehr befriedigt haben.

Ueber das Wettrennen in Preßburg bringt die „Const. Volks-Ztg.“ noch folgende Mittheilungen: Vom herrlichsten Wetter begünstigt, fand daselbst Nachmittags 3 Uhr auf der Engerauer Haide in bester Ordnung statt. Wohl an 10.000 Menschen hatten sich zu diesem Schauspiele eingefunden, darunter die ersten Magnaten Ungarns und viele Wiener Gäste. Den Straßen der Stadt und der „Au“ entlang hatten sich gleichfalls tausende von Menschen aufgestellt, welche Se. Majestät den Kaiser erwarteten und denselben bei seiner Ankunft sowohl als der Rückfahrt mit den lebhaftesten Eclats begrüßten. Den lebhaftesten Eindruck auf die Ungarn machte der Umstand, daß Se. Majestät in ungarischer Uniform erschienen war. Das Wettrennen wurde mit dem Palfy Preis von 500 fl. eröffnet, welchen Graf Baworowski mit dem Renner Zee gewann. Darauf folgte der Damen-Preis gewonnen vom Grafen Emerich Esterhazy, mit der Stute Harmonie. Das Wettrennen mit Hindernissen, mit dem Kaiserpreis von 200 Dukaten gewann Graf Nikolaus Esterhazy, mit dem Fuchs Congrange. Sämmtliche Sieger wurden mit tausendfachen Ehrensätzen begrüßt. Das darauf folgende Bauern-Wettrennen war sehr ergötzlich. Ein junger Burche aus der Schütt siegte. Se. M. der Kaiser, der sich die ganze Zeit über in lebhafte Weise mit vielen der Anwesenden unterhalten hatte, ließ sich den Reiter und seinen Herrn,

gleichfalls einen Bauern vorstellen und sprach mit ihnen wohl zehn Minuten. Den Schluß bildete noch ein Stieplehase — Preis 250 fl. — gewonnen vom Grafen Erdödy. Wir bemerken, daß sämtliche Reiter außer den Bauern aus Cavallieren bestanden, welche als Sockel in den Farben ihrer Wappen gekleidet waren. Unmittelbar nach Beendigung des Wettrennens verließ Se. Majestät unter den lebhaftesten Reclamationen den Rennplatz und die Stadt und kehrte mit Separat-Train nach Wien zurück. Graf Anton Eszterhazy ist am ersten Rennstage in Preßburg verunglückt, sein Befinden ist nach der „Preßb. Ztg.“ ein den Umständen angemessenes.

Ihre Majestät die Kaiserin Karolina Augusta ist gestern Abends aus Prag, 33. k. k. Hofeiten Erzherzog Franz Karl und Erz. Sophie aus Graz hier angekommen.

Ihre k. k. Hofeiten Erzherzogin Sophie hat dem katholischen Gesellenvereine einen Unterstützungsbeitrag von 100 fl. bewilligt.

Heute Vormittag kam in der Kameralbuchhaltung, galizische Abtheilung, Salaborgasse, Feuer zum Ausbruch, indem daselbst aufgeschickte Fackel auf bis jetzt unbekannte Weise in Brand gerietzen. Die Löschmannschaft führte die Abdämpfung der Flammen in einer Stunde aus.

Zum Raubanfall auf der Wieden berichtet die „Morgenpost“: Im Zustande der anfänglich so hoffnungslos darniederliegenden Frau Obrist trat seit vorgestern Morgens eine entschiedene Besserung ein. Nicht nur, daß die furchtbaren Schmerzen, welche sie durch die Entzündung ihrer Wunden zu erleiden hatte, bedeutend nachgelassen haben, sie befindet sich seit vorgestern auch im Besitz ihres vollen Erinnerungsvermögens und weiß bis in die kleinsten, unwesentlichen Details und mit vollster Klarheit von dem schändlichen Attentat zu erzählen, welches ihr bald das Leben gekostet hätte. Sie erinnert sich nicht nur ganz genau an die Physiognomie ihres Mörders, sondern sie weiß auch, welche Manöver derselbe anwendete, bevor er sein schändliches Verbrechen an ihr verübte. Es ist aber ein Beweis von Seelenstärke dieser Frau, daß sie mit vollster Ruhe und Ergebenheit über das furchtbare Schicksal spricht, von dem sie heimgesucht worden, und ihre Herzengüte charakterisirt wohl nichts so sehr, als die folgende Bemerkung, welche sie über ihren Angreifer fallen ließ: „Der gottverlassene Mensch kann froh sein, daß er mich nicht erhängt hat, sie hätten ihn dann sicher aufgehängt.“ Sie erkundigte sich ferner, ob aus dem Gewölbe viel Sachen geraubt worden seien und äußerte ihre Freude in sehr lebhafter Weise, als sie hörte, daß ihr Gatte Alles wieder zurückbekommen werde. „Eines weiß ich — sagte sie ferner ihren Angehörigen — so müthig wie ich bisher war, werde ich nimmer sein und allein bleib ich nimmer im Gewölbe.“ Bemerkenswerth ist es auch, daß die arme Frau, als sie vorgestern von Herrn Professor Schuch besucht wurde, denselben augenblicklich erkannte, obwohl sie in früherer Zeit erst ein einziges Mal mit ihm zusammengekommen ist, nämlich vor vier Jahren, wo sie einer Verletzung am Arme wegen seinen ärztlichen Rath in Anspruch nahm.

Ueber den Brand in Admont berichtet ein Schreiben vom 28. April Morgens: „Admont existirt nicht mehr, alles ist niedergebrannt bis auf die Bibliothek, jedoch ist es sehr zweifelhaft, ob diese gerettet werden wird. Sieben Menschenleben, heißt es, sind zu beklagen. Unter den Todten befindet sich auch der Buchbinder, bei dem das Feuer zum Ausbruch gekommen, und welcher zu den achtbarsten Bürgern Admont's zählte — er war früher Bürgermeister. Von dem Verlust eines Stiftsgeistlichen verlautet nichts. Es scheint wenig Hoffnung zu sein, daß auch nur etwas von dem Stiftsgebäude, also auch nicht die Bibliothek den Flammen entzogen werden wird. Von dem sogenannten „Neugebäude“ (Noviciat) war am 27. d. M. schon das Gewölbe durchgebrannt; das Feuer brannte nämlich von den unteren Räumen gegen die oberen Stockwerke hinauf, und am 28. Morgens stand der dritte Stock deselben Tractes (zunächst der Bibliothek) in Flammen. Freitag um 11 Uhr Morgens war der letzte Rest der „Hofmeisterei“ niedergebrannt. In den Höfen des Stiftes waren Massen von Holz aufgelagert, die dem Brande Nahrung gaben. Hilfe war nicht möglich. Das kostbare Archiv, die Orgel von Grismani, dieses unvergleichliche Meisterwerk der Orgelbaukunst, sind vernichtet. Ein Stiftscapitular berichtet darüber: Heute, am 28. April, existirt kein Admont mehr. Alles ist niedergebrannt bis auf die Bibliothek, und ob es gelingt, diese zu retten, ist noch fraglich. Wir haben keine Kirche mehr; seit gestern 5 Uhr Nachmittags, brennt Alles. Bis jetzt sind 19 Häuser eingestürzt. Wir beklagen den Verlust von 7 Menschenleben, darunter das des Buchbinders Stocker. Am 28. 11 Uhr Vormittags brannte das Noviciat; das Clericat ist schon niedergebrannt. In den steinernen Saal (den sogenannten Huldigungsaal) wurden die werthvollsten Sachen zusammengetragen; auch dieser stürzte zusammen. Nach einem anderen Bericht find das Stift und die hiezu gehörigen Gebäude verheert, ein Umstand, der die Ruione adriatica zu Trieste in Mitleidenschaft ziehen wird, bei welcher Gesellschaft die Versicherung (mit 151.000 fl.) erst im vorigen Jahre erfolgt ist. Nach dem Archiv, in welchem reiche Geschichtsquellen niedergelegt waren, ist es die Orgel — außer der Salzburger die größte in Deutschland, — deren Verlust unerseßlich erscheint. — Aus Liezen wird geschrieben: Gestern Nachmittags halb 5 Uhr brach in dem Hause des Oberlebrers in Admont auf eine bisher unbekannte Weise Feuer aus, welches, durch den heftigen Wind genährt, mit solcher Schnelle um sich griff, daß in Kurzem 20 theils Wohn-, theils Wirtschaftsgelände und das Stift selbst, die Stifts- und Pfarrkirche ein Raub der Flammen wurden. Das Stift ist ein Schutthaufen, die Kirche im Innern ganz ausgebrannt, die kostbaren Gemälde, die prächtige Orgel zertrümmert, die Glocken geschmolzen, die Thürme eine nackte Steinmasse.

Aus Kronstadt wird der „Preßb.“ gemeldet, daß bei der heurigen Affentirung im März eine große Anzahl der stellungspflichtigen Rumänen wieder über die Gränze entflohen.

## Deutschland.

Die „Berliner M.-Z.“ schreibt: In Abgeordnetenkreisen glaubt man bei dem fast mit jeder Sitzung

wachsenden Material, welches dem Hause unterbreitet wird, daß die Session auch bis zum Pfingstfest noch nicht zu Ende gebracht sein wird. — Es fällt auf, daß die Kriegskosten-Vorlage, obwohl vor zwei Wochen als ganz nah bevorstehend von der „Prov.-Corresp.“ bezeichnet, noch nicht erschienen ist; man erwartet die Einbringung mit Bestimmtheit am Dienstag. Wie man hört, wäre die Denkschrift bereits beendet gewesen und in Folge der neuesten Unterhandlungen einer Umdänderung unterzogen worden; daß Hr. Lothar Bucher der Verfasser der Denkschrift ist, wird jetzt nicht in Zweifel gezogen. Das beigegebene Material an Actenstücken soll ziemlich umfangreich sein. — Der Kostenaufschlag für Herstellung des Marine-Etablissements im Kieler Hafen beträgt in seiner Hauptsumme 3,800.000 Thaler. — Der Prinz Otto von Baiern hat den Aufenthalt seiner königlichen Mutter in Berlin benutzt, einen Ausflug nach den Herzogthümern und dem Schlachtfelde zu machen. — In dem preussischen Normal-Kalender sollen die für die preussischen Truppen berühmten Tage von der Erstürmung der Düppler Schanzen und der Eroberung der Insel Alen künftig auch verzeichnet werden. — In militärischen Kreisen wird von einer baldigen Pensionirung des Marschalls Grafen Wrangel gesprochen. — Dem hiesigen nordamerikanischen Gesandten Mr. Jud haben gleich nach der Nachricht von der Ermordung des Präsidenten Lincoln sämtliche Gesandte Condolenz-Bisiten abgestattet. — Es werden bereits mehrere hohe preussische Officiere designirt, die das diesjährige französische Lager bei Chalons besuchen sollen. — Der Feldmarschall-Lieutenant Baron v. Heß beabsichtigt auf seiner bevorstehenden Erholungsreise sich auch in Berlin kurze Zeit aufzuhalten.

Einem Berichte der „Bromb. Patr. Ztg.“ entnehmen wir Folgendes: Gestern aus Paris hier eingetroffene Briefe melden, daß zwischen dem bekannten Revolutionschef Guttry und seinem bisherigen Gefossen Kurzyna, dem ehemaligen Agenten und Steuererheber Mikroslawski's ein Duell stattgefunden hat, in welchem ersterer tödtlich verwundet wurde. Sie, die fest zusammenhielten, so lange die Nationalisten reichlich eingingen, hatten sich entzweit, als die Reaction (d. h. hier wohl die Adelpartei unter den Polen) die Oberhand erhielt und die Gelb- und Blau-Partei aufhörte. Jeder schob die Schuld des Mißgeschicks auf den anderen und schwärzte ihn an um sich zu jähren. Zuerst sagten Guttry und Kurzyna von Mikroslawski sich los, weil er des Vertrauens der Nation unwürdig sei, und theilten sich in die National-Regierung. Als darauf Kurzyna von der immer entschiedener auftretenden „Reaction“ als ein verächtliches Subject dargestellt und der großartigsten Unterschlagung der für den Aufstand gesammelten Gelder öffentlich beschuldigt wurde, sagte Guttry sich von ihm los. Er entsetzte ihn seiner Nationalämter und vertheilte diese an seine Parteigänger. Kurzyna wollte sich diese Behandlung nicht gefallen lassen. Deshalb ließ Guttry in den Zeitungen die von der Adelpartei erhobenen Beschuldigungen abdrucken und fügte noch andere hinzu, als Fälschung von Siegeln, Annahme von Nationalwürden, Verschwendung der Nationalsteuern. Darüber gerietzen beide heftig einander und kam es zu dem Duell. So erzählen die aus Paris heute eingetroffenen Gefährten. (Der frühere preussische Abgeordnete Alexander Guttry flüchtete bekanntlich aus Preußen, als seine dem Grafen Dyalniski übergebenen Papiere der Posener Polizei in die Hände fielen und ihn schwer compromittirten. Seitdem war er fortgesetzt für den Aufstand thätig, zuerst in Rütlich beim Ankauf der Waffen, als Gehilfe des General-Organisators Mikroslawski zuletzt in Paris, wo er an die Spitze der Actionspartei trat, als alle Anderen sich schon zurückgezogen hatten.)

Wie aus Oldenburg geschrieben wird, ist die zum Bau der Oldenburg-Bremer Eisenbahn notwendige Staatsanleihe jetzt von der Oldenburgischen Spar- und Leihbank in Gemeinschaft mit dem Banquierhause von Erlanger & Söhne in Frankfurt a. M. übernommen worden. Die Anleihe im Betrage von 1 1/2 Mill. M. fr. Courant wird al pari ausgegeben, zu 4 pSt. verzinst und innerhalb 60 Jahren al pari zurückbezahlt. Das Frankfurter Haus wird sich bemühen, einen Theil der Obligationen an auswärtigen Börsen zu placieren und die Oldenburg Bank wird eine ratenweise Einzahlung der Gelder eintreten lassen.

## Frankreich.

Paris, 28. April. Während der Abwesenheit des Kaisers wird die Kaiserin im Tuilerienpalaste den Sitzungen des Ministerrathes präsidiren. Da der Kaiser nicht den französischen Boden verläßt, wäre eine Uebertragung der Regentchaft nicht nöthig. Die Empfangsfeierlichkeiten zu Ehren des Kaisers sollen in Algier sehr großartig werden. Wie natürlich, wird das Programm dieser Festlichkeiten, so gut als die Verfassung Algiers, in Paris gemacht. Man will so wohl in Algier als in Constantine Denkmäler in Form kleiner Pyramiden zum Andenken an die kaiserliche Reise errichten. Die betreffenden Pläne sind schon nach Afrika geschickt worden. Das Programm der Reise des Kaisers betreffend hört man Folgendes: Von der Hauptstadt der afrikanischen Colonie aus wird eine Excursion bis Fort Napoleon in Kabylie gemacht, von wo aus der Kaiser leicht Gelegenheit haben könnte, ein Stückchen Aufstand in der Nähe zu sehen. Zurückgekehrt nach Algier, begibt sich Napoleon III. nach Blidah, Medeah und Boghar, der alten römischen Colonie am Schelf, wo eine Gajellenjagd veranstaltet wird. Von der Küste aus wird ein Ausflug in die Provinz Constantine unternommen und bis zu dem wichtigen militärischen Punkt im Innern, Guelma, ausgedehnt, dann eine Fahrt in entgegengesetzter Richtung bis Oran, von wo die Rückreise erfolgt. Die Flotte, welche morgen nach Toulon abgeht, wird während des Aufenthaltes des Kaisers in Algier vor Algier verweilen. Im Gefolge des Kaisers befinden sich die Adjutanten General Fleury und de Castelnau, zwei Deputations-Officiere und sein

Privat-Secretär Vietri. Der „Moniteur“ schickt einen Correspondenten nach Algier; dieser wird den Kaiser begleiten und man ist der Ansicht, daß die Reise im Ganzen 35 Tage dauern werde. Auf dem Rückwege von Algier wird der Kaiser nach Ajaccio gehen, um dort der aus diesem Grunde aufgeschobenen Einweihung der Statuen der Napoleoniden beizuwohnen. Auch Prinz Napoleon gedenkt bei dieser Festlichkeit anwesend zu sein. Man hält es für ganz bestimmt, daß der Kaiser an Abdel-Kader geschrieben hat, und man glaubt, der Inhalt des Schreibens beziehe sich auf die neuesten Ereignisse in Algier. Man sieht verschiedenen Maßregeln entgegen, die der Kaiser während seiner kurzen Anwesenheit in Lyon zu Gunsten der Seidenarbeiter vorschreiben will. Man erinnert sich seit vielen Jahren keines so argen Stillstandes im Seidengeschäft in Lyon und schreibt demselben dem Ausfalle des amerikanischen Marktes, aber zum Theil auch der Concurrenz der deutschen Seidenfabriken zu. — Im Quartier Latin herrscht heute wieder einmal große Aufregung. Ungefähr 400 bis 500 Studenten hatten sich nämlich auf dem Place de la Sorbonne versammelt, um nach der amerikanischen Gesandtschaft zu gehen und dem Minister der Vereinigten Staaten den Ausdruck der Gefühle, die das schändliche Attentat von Washington unter denselben erregt hat, zu überbringen. Au der St. Michaels-Brücke angekommen, die der Polizei-Präfectur gegenüber liegt, stießen die Studenten auf zahlreiche Haufen Polizeibedienten, die sie auseinander trieben und mehrere derselben verhafteten. Widerstand Seitens der Studenten fand nicht Statt. Dieselben zerstreuten sich schnell und begaben sich in kleinen Gruppen den Champs Elyées entlang nach der amerikanischen Gesandtschaft. Dort war aber auch bewaffnete Macht aufgestellt und zu einer eigentlichen Demonstration kam es nicht. Die Aufregung, welche das Auftreten der Polizei erregt, ist groß, besonders im Quartier Latin. — General Douay schiffte sich am 1. Mai wieder nach Mexico ein. Französische Officiere klagen in ihren Briefen, daß es ihnen peinlich sei, den vielen Erschießungen beizuwohnen, zu welchen der Guerillakrieg führe.

## Großbritannien.

Aus London, 27. April, Abends wird gemeldet: Herr Fernando Wood, der bekannte Major von Newyork hatte auf heute Mittag eine Versammlung der in London weilenden Amerikaner nach dem Grosvenor Hotel berufen, um daselbst eine geeignete Beileidsadresse in Anlaß der beklagenswerthen Kunde aus den Vereinigten Staaten beschließen zu lassen. Auf Antrag des Dr. Black beschloß jedoch die Versammlung, auf nächsten Montag ein größeres Meeting aller in London weilenden Amerikaner zu berufen, bei welchem Mr. Adams, der Gesandte der Vereinigten Staaten am britischen Hofe, den Vorsitz zu führen besprochen hat. In der heutigen Sitzung des Londoner Gemeinderaths wurde gleichfalls einstimmig beschlossen, dem amerikanischen Volke das tiefste Beileid dieser Corporation wegen der Ermordung des Präsidenten Lincoln und den tiefsten Abscheu vor einer so ruchlosen That auszusprechen.

## Dänemark.

Aus Kopenhagen, 26. April, wird gemeldet: Im national-liberalen Lager hegt man nicht geringe Besorgnis vor einem Bündniß der altconservativen Partei mit der Bauern-Partei. „Dagbladet“ bezeichnet heute das gestern erwähnte Erscheinen mehrerer Führer der „Bauernfreunde“ zu Verfassungskonferenzen vor dem Könige als eine „grobe Verletzung des constitutionellen Actes.“

## Italien.

Die Ceremonien der heiligen Woche und des Osterfestes in Rom waren diesmal außerordentlich glänzend: sie wurden durch das Wohlbehagen des Papstes und durch das schöne Wetter zugleich begünstigt. Die Masse der Fremden war nie so groß wie heuer; man zählte über 82.000 Besucher in der Osterwoche. Es war Alles überfüllt, so überfüllt, daß Viele nach Frascati und Albano zogen, andere gar bidonafakten. Offenbar waren viele gekommen, weil sie glaubten, daß es an diesen Dniern zum letztenmal sein werde, oder doch für längere Zeit zum letztenmal, daß ein Papst in Sanct Peter das Passah halte. Welleicht theilte Pius IX. selbst in der Stille diese Befürchtung, denn es ist nicht unbemerkt geblieben, daß er diesmal jede Ceremonie selbst verrichtete. Am Palmsonntag vertheilte er die Palmen; am grünen Donnerstag fand die Segenspendung „urbi“ statt, wusch er 13 Pilgern selbst die Füße und bediente sie selbst bei dem Mahle, welches in einem Saale über der Eingangshalle zu St. Peter angerichtet war. Er versäumte keine Vesper, war bei dem „miserere“ in der Sirtinischen Capelle zugegen. Endlich am Sonntag der Oftern sang Pius IX. die große Messe auf dem Grabe des Apostelfürsten, umgeben von dem ganzen Pomp, welchen das Haupt der katholischen Christenheit bei solchen Feierlichkeiten entfaltet. Nach der Messe erfolgte die Segenspendung „urbi et orbi“ vom Balcon der Basilika herab in großartigster Weise. Es waren mehr als 200.000 Menschen auf dem Place, den Terrassen, den Säulengängen versammelt. Als der Papst mit der Tiara auf dem Haupt, auf der „seda gestatoria“ getragen, zwischen seinen „habelli“ (Fächer mit weißen Straußenfedern, die um den Papst hochgehalten werden) auf dem Balcon erschien, entstand eine so tiefe Stille in der ungeheuren Versammlung, daß man das Schwirren der fliegenden Tauben und das sanfte Plätschern der Fontainen von St. Peter deutlich vernahm. Pius IX. sprach den Segen mit so starker und sonorer Stimme, daß man jedes Wort des Segenspruches bis zum Obeliscen hin deutlich vernahmen konnte. Als nun der Papst beide Hände flehend gen Himmel hob, da sanken die Tausend ringsum aufs Knie, der Donner der Kano-







**Kundmachung.** (422. 1-3)

Bei der am 29. April 1865 erfolgten 14. Verlosung der Schuldverschreibungen des Grundentlastungsfonds für das Großherzogthum Krakau wurden zur Rückzahlung gezogen:

Schuldverschreibungen mit Coupons:  
über 50 fl.

Nr. 6 und 35.

über 100 fl.

Nr. 6, 128, 309, 437, 439, 444, 669, 710, 719 und 961;

über 500 fl.

Nr. 194;

über 1000 fl.

Nr. 98, 141, 379, 461, 639, 849 und 929.

Schuldverschreibungen lit. A:

Nr. 75 über 1050 fl., Nr. 77 über 2020 fl. und

Nr. 164 über 59000 fl. mit dem Theilbetrage von 7330 fl.

Vorstehende Schuldverschreibungen werden mit den ver-

losten Kapitalbeträgen nach sechs Monaten vom Verlo-

nungstage an gerechnet, bei der f. f. Grundentlastungsfonds-

Casse in Krakau unter Beobachtung der diesfalls bestehen-

den Vorschriften ausbezahlt, welche Casse zugleich über den

unverlosten Theil der Schuldverschreibung Nr. 164 lit. A

über 59000 fl. eine neue Schuldverschreibung lit. A über

den Betrag von 51670 fl. ausstellen wird.

Innerhalb der letzten drei Monate vor dem Einlösungs-

zeitpunkte werden die verlosten Schuldverschreibungen auch

von der priv. österr. Nationalbank in Wien escomptirt werden.

Ferner werden in Folge Erlasses des h. f. f. Minister-

iums des Inneren vom 15. Juni 1858 Z. 13096 die

bereits verlosten, und seit dem Rückzahlungstermine nicht

eingelösten Schuldverschreibungen, und zwar:

A) die am 30. October 1858 verloste Schuldverschrei-

bung mit Coupons

über 100 fl. Nr. 602.

B) die am 30. April 1863 verloste Schuldverschrei-

bung mit Coupons

über 100 fl. Nr. 408;

C) die am 31. October 1863 verloste Schuldverschrei-

bung mit Coupons

über 1000 fl. Nr. 626 und

D) die am 30. April 1864 verloste Schuldverschrei-

bung mit Coupons

über 100 fl. Nr. 266

neuerdings mit der Verwarnung fundgemacht, daß die Ver-

zinsung dieser Schuldverschreibungen mit dem Rückzahlungster-

mine, das ist nach sechs Monaten vom dem Verlosungster-

mine an gerechnet, aufgehört hat, und daß falls dennoch

die Coupons von diesen Schuldverschreibungen von Seite

der priv. österr. Nationalbank in Wien eingelöst

werden sollten, die diesfallsigen Beträge vom Kapitalbe-

trage bei Auszahlung desselben eingezogen werden.

Endlich wird bekanntgegeben, daß in den Creditsbüchern

der f. f. Grundentlastungsfondscasse bei der Schuldverschrei-

bung Nr. 212 über 100 fl. die Vormerkung hastet, daß

dieselbe dem Eigenthümer abhandeln gekommen ist.

Von der f. f. Grundentlastungsfonds-Direction.

Krakau, 29. April 1865.

**Kundmachung.** (423. 1-3)

Bei der am 29. April 1865 erfolgten 14. Verlosung

der Schuldverschreibungen des Grundentlastungsfonds für

Westgalizien wurden zur Rückzahlung gezogen, und zwar:

Schuldverschreibungen mit Coupons:

über 50 fl.

Nr. 206, 236, 450, 587, 1059, 1193, 1424, 1870,

1875, 1891, 2000, 2130, 2387, 2503, 2864, 3037,

3277, 3432, 3656, 3840, 4052, 4107, 4199, 4278,

4283.

über 100 fl.

Nr. 55, 276, 340, 511, 575, 641, 728, 846, 1021,

1028, 1332, 1445, 1468, 1539, 1810, 1821, 1845,

1901, 1903, 2092, 2213, 2432, 2738, 2864, 2960,

3050, 3589, 3594, 3635, 3716, 3749, 3886, 3960,

3997, 4194, 4237, 4449, 4850, 4953, 5543, 5626,

5692, 6083, 6352, 6501, 6816, 6983, 7165, 7365,

7501, 7600, 7650, 7754, 7791, 7813, 7944, 7998,

8023, 8037, 8233, 8234, 8410, 8638, 8650, 8702,

8822, 8859, 8965, 9061, 9389, 9399, 9780, 9803,

10146, 10412, 10480, 10523, 10578, 10625, 10688,

10693, 10808, 11005, 11043, 11112, 11208, 11592,

11678, 11929, 11965, 11968, 12042, 12086, 12117,

12156, 12237, 12283, 12490, 12498, 12622, 12785,

12827, 12859, 12870, 12976, 13040, 13278, 13306,

13402, 13544, 13604, 13650, 13765, 13798, 14013,

14068, 14268, 14465, 14583, 14769, 14886, 14972,

15010, 15187, 15335, 15654, 15761, 16208, 16436,

16518, 16589, 17056, 17115, 17461, 17601, 17633,

17651, 17702, 17716, 17811 und 17854;

über 500 fl.

Nr. 85, 110, 149, 159, 200, 204, 253, 308, 433,

569, 827, 871, 884, 897, 904, 1135, 1476, 1573,

1794, 2140, 2432, 2632, 2659, 2670, 2805, 2955,

2958, 3025, 3040, 3293, 3365, 3571, 3576, 4016,

4108 und 4156;

über 1000 fl.

Nr. 310, 311, 513, 523, 526, 730, 806, 953,

1179, 1597, 1609, 1711, 1879, 1915, 2156, 2300,

2338, 2576, 2604, 2762, 2801, 3335, 3415, 3454,

3469, 3775, 3884, 3886, 3903, 4089, 4616, 4640,

4903, 5021, 5027, 5029, 5030, 5203, 5378, 5444,

5595, 5799, 6058, 6148, 6733, 6880, 6959, 6964,

7147, 7353, 7405, 7526, 7685, 7701, 7718, 8104,

8325, 8363, 8416, 8427, 8525, 8566, 8909, 8941,

9166, 9173, 9182, 9204, 9358, 9403, 9444, 9475,

9573, 9585, 9635, 9908, 10009, 10529, 10882,

10936 und 11030;

über 5000 fl.

Nr. 119, 367, 463, 678 und 1088;

über 10000 fl.

Nr. 323 und 578.

Schuldverschreibungen lit. A.

Nr. 480 über 1400 fl., Nr. 599 über 2550 fl. mit

dem Theilbetrage von 1500 fl., Nr. 844 über 4350 fl.,

Nr. 1605 über 300 fl., Nr. 2142 über 1750 fl., Nr.

2196 über 50 fl., Nr. 2625 über 350 fl., Nr. 2749

über 150 fl., Nr. 3323 über 700 fl. und Nr. 3380

über 100 fl.

Vorstehende Schuldverschreibungen werden mit den ver-

losten Capitalbeträgen nach sechs Monaten vom Verlo-

nungstage an gerechnet, bei der f. f. Grundentlastungsfonds-

Casse in Krakau unter Beobachtung der diesfalls bestehen-

den Vorschriften ausbezahlt werden, welche Casse zugleich

über den unverlosten Theil der Schuldverschreibung lit. A

über 2550 fl. eine neue Schuldverschreibung lit. A über

1050 fl. ausstellen wird.

Innerhalb der letzten drei Monate vor dem Einlösungs-

zeitpunkte werden die verlosten Schuldverschreibungen

auch von der priv. österr. Nationalbank in Wien escomptirt.

Ferner werden in Folge Erlasses des h. f. f. Minister-

iums des Inneren vom 15. Juni 1858 Z. 13096 die

bereits verlosten und seit dem Rückzahlungstermine noch

nicht eingelösten Schuldverschreibungen, und zwar:

A) die vom 30. October 1858 verlosten Schuldverschrei-

bungen mit Coupons:

über 100 fl. Nr. 2201,

über 1000 fl. Nr. 5059;

B) die am 31. October 1859 verloste Schuldverschrei-

bung mit Coupons

über 50 fl. Nr. 1501;

C) die am 30. April 1860 verloste Schuldverschrei-

bungen mit Coupons

über 50 fl. Nr. 2520,

über 5000 fl. Nr. 1792;

D) die am 30. April 1861 verlosten Schuldverschrei-

bungen mit Coupons

über 50 fl. Nr. 3036,

über 100 fl. Nr. 11117;

E) die am 31. October 1861 verlosten Schuldverschrei-

bungen mit Coupons

über 50 fl. Nr. 676,

über 100 fl. Nr. 9400,

über 1000 fl. Nr. 1649;

F) die am 30. April 1862 verlosten Schuldverschrei-

bungen mit Coupons

über 100 fl. Nr. 2599, 4433 und 5037;

G) die am 31. October 1862 verlosten Schuldverschrei-

bungen mit Coupons

über 100 fl. Nr. 7947 und 10961;

H) die am 30. April 1863 verlosten Schuldverschrei-

bungen mit Coupons

über 50 fl. Nr. 3143 und 3900,

über 100 fl. Nr. 1279 und 2786,

über 500 fl. Nr. 74;

I) die am 31. October 1863 verlosten Schuldverschrei-

bungen mit Coupons

über 50 fl. Nr. 692, 1084, 1427, 2485 und

2642,

über 100 fl. Nr. 1997, 5861, 6542, 6841,

7171, 7448, 7513, 8136, 8407,

8978, 12856, 13017, 13132,

13777, 14665 und 16203,

über 500 fl. Nr. 254, 1131, 1504, 1624,

2511 und 2755,

über 1000 fl. Nr. 138, 2652, 3322, 5348,

5504, 6754, 8263 und 10091;

K) die am 30. April 1864 verlosten Schuldverschrei-

bungen mit Coupons

über 50 fl. Nr. 1794 und 2201,

über 100 fl. Nr. 2243, 2506, 2510, 3779,

4588, 6172, 6424, 6459, 6621,

7464, 7832, 8992, 12043, 12544

und 13443,

über 500 fl. Nr. 126, 157, 485, 526, 1007,

1703, 2121, 3045 und 3906,

über 1000 fl. Nr. 1429, 2334, 2358, 6616

und 8328,

über 5000 fl. Nr. 266.

Schuldverschreibungen lit. A.

Nr. 2380 über 70 fl., Nr. 2650 über 60 fl. und

Nr. 2800 über 90 fl.

Neuerdings mit der Verwarnung fundgemacht, daß die

Verzinsung dieser Schuldverschreibungen mit dem Rückzah-

lungstermine, d. i. nach sechs Monaten vom Verlosungster-

mine an gerechnet aufgehört hat, und daß falls dennoch

die Coupons von diesen Schuldverschreibungen von Seite

der priv. österr. Nationalbank in Wien eingelöst werden sollten,

die diesfallsigen Beträge vom Capitalbetrage bei Auszah-

lung desselben eingezogen werden.

Endlich wird fundgemacht, daß in den Creditsbüchern

der f. f. Grundentlastungsfondscasse folgende Vormerkun-

gen haften, als:

1. Der von den Eigenthümern angezeigte Verlust der

Schuldverschreibungen mit Coupons:

über 100 fl. Nr. 2494, 6982 und 7918,

über 500 fl. Nr. 87 und 1055.

2. Die Einleitung der Amortisirung der Schuldverschrei-

bungen mit Coupons:

über 100 fl. Nr. 3981, 5660, 8149, 9162, 10691,

12545, 12546, 13908, 13909,

13910, 13911, 14563, 15475,

15476 und 17508;

über 500 fl. Nr. 12, 1562, 3237 und 3483;

über 1000 fl. Nr. 4696.

Schuldverschreibungen lit. A.

Nr. 2473 über 90 fl. und Nr. 3038 über 270 fl.

3. Die bereits bewilligte Amortisirung der Schuldverschrei-

bungen mit Coupons:

über 50 fl. Nr. 1406, 1627, und 2958;

über 100 fl. Nr. 196, 575, 805, 92